

# SITZUNG

Sitzungstag:

04.11.2015

Sitzungsort:

Kusel

---

Namen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

---

**Niederschriftführer**

KA Christoph Dinges	
---------------------	--

**Ausschussmitglieder**

Gerold Lofi	
-------------	--

**Stimmberechtigte Mitgl.**

Markus Arnold	
Therese Feuchtnr	
Birgit Gehm-Schmitt	
Toni Klein-Moog	
Inge Lütz	
Kirsten Marquardt	Vertretung für Frau Michaela Rohe
Petra Seibert	
Elke Trotzki	Vertretung für Herrn Harald Luft

**Beratende Mitglieder**

Sandra Anedda	Vertretung für Frau Patricia Krupp
Jutta Balthes	
Werner Barthel	
Bärbel Deny	
Ute Mehrhof	
Dr. med. Stephan Pinnel	Vertretung für Frau Andrea Missal
Ralf Spacky	
Wolfgang Stemler	
Sabine Weingarth-Theis	
AR Marc Wolf	
Katja Zielinski	

**Verwaltung**

Kreisbeschäftigte Carmen Gutendorf	
KI André Mahler	
KVD Ulrike Nagel	

**Abwesend:****Stimmberechtigte Mitgl.**

Dr. Winfried Hirschberger	entschuldigt
Harald Luft	entschuldigt
Michaela Rohe	entschuldigt

**Beratende Mitglieder**

Hans Jürgen Böckel	entschuldigt
Bettina Hafner	entschuldigt
Alice Höft	entschuldigt
Patricia Krupp	entschuldigt
Andrea Missal	entschuldigt

**Kreisbeigeordnete**

Erster Kreisbeigeordneter Jürgen Conrad	entschuldigt
Kreisbeigeordneter Egbert Jung	entschuldigt
Kreisbeigeordneter Dr. Oliver Kusch	entschuldigt

# **Tagesordnung**

**der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Mittwoch, dem  
04.11.2015, um 14:30 Uhr,  
im Sitzungsraum 2 der Kreisverwaltung Kusel, Trierer Straße 49, in Kusel**

1. Bericht über die Arbeit des mobilen Gruppenangebots zur Integration von Flüchtlingseltern und ihren Kindern im Vorschulalter
2. Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertagesstätten 2015/16
3. Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher
4. Informationen

\*\*\*\*\*

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend verpflichtete er Frau Sandra Anedda und Frau Kirsten Marquardt auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten und übergab ihnen eine Übersicht über die Rechte und Pflichten von Ausschussmitgliedern.

Da keine Anträge zur Ergänzung bzw. Erweiterung der Tagesordnung eingebracht wurden, konnte unmittelbar im Anschluss mit der Abhandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte begonnen werden.

\*\*\*\*\*

<b>Jugendhilfeausschuss-Sitzung</b> <b>am 04.11.2015</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Stimmberechtigte Mitglieder: <b>10</b> <i>davon anwesend:</i> <b>9</b> Beratende Mitglieder: <b>14</b> <i>davon anwesend:</i> <b>11</b>									
<div style="border: 1px solid black; display: inline-block; padding: 2px;">TOP: 1</div>	<b>Sache / Beschluss</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th colspan="3" style="text-align: center;"><b>Abstimmungsergebnis</b></th> </tr> <tr> <th style="width: 33%;">Dafür</th> <th style="width: 33%;">Dagegen</th> <th style="width: 33%;">Enthaltung</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center;">-</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> </tbody> </table>	<b>Abstimmungsergebnis</b>			Dafür	Dagegen	Enthaltung	-	-	-
<b>Abstimmungsergebnis</b>											
Dafür	Dagegen	Enthaltung									
-	-	-									

***Bericht über die Arbeit des mobilen Gruppenangebots zur Integration von Flüchtlingseltern und ihren Kindern im Vorschulalter***

Zu diesem Tagesordnungspunkt berichteten Frau Petra Fess, Dipl. Psychologin, und Frau Anna Forster, Dipl. Pädagogin, vom Familienforum über das mobile Gruppenangebot zur Integration von Flüchtlingseltern und ihren Kindern im Vorschulalter. Die Mobile Eltern-Kind-Gruppe ergänzt im Rahmen des Landesprogramms „Kita!Plus“ das Angebot in der Spiel- und Lernstube „Kontaktstelle Holler“ und ist aktuell in den Kindertagesstätten Wolfstein, Ramelsbach sowie der integrierten Kindertagesstätte in Kusel an einem Vor- oder Nachmittag aktiv. Aktuell seien 29 der kreisweit 41 Flüchtlingskinder, die einen Anspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte haben, bereits in einer Kita angemeldet. Ziel sei es auf freiwilliger Basis die Kommunikation von Flüchtlingseltern mit den Kindertagesstätten und die Integration zu verbessern. Anhand einiger Beispiele verdeutlichte Frau Forster schließlich die bereits erzielten Erfolge.

<b>Jugendhilfeausschuss-Sitzung am 04.11.2015</b>		Stimmberechtigte Mitglieder: <b>10</b>
<i>-öffentlicher Teil-</i>		<i>davon anwesend:</i> <b>9</b>
		Beratende Mitglieder: <b>14</b>
		<i>davon anwesend:</i> <b>11</b>
<b>Abstimmungsergebnis</b>		
<b>TOP: 2</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	
	Dafür	Dagegen
	<b>9</b>	<b>0</b>
		Enthaltung
		<b>0</b>

### ***Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertagesstätten 2015/16***

Der Kindertagesstätten Bedarfsplan lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor. Herr André Mahler, zuständiger Sachbearbeiter für den Bereich Kindertagesstätten, stellte anhand einer Powerpoint Präsentation die wesentlichen Veränderungen bei der Bedarfsplanung vor.

Herr Mahler erläuterte zunächst die Gruppenstrukturen innerhalb der einzelnen Kindertagesstätten und ging anschließend auf die verfügbaren Plätze ein. Der vorliegende Bedarfsplan weist für das aktuelle Kindergartenjahr insgesamt 2.603 Plätze in Kindertagesstätten aus. Davon seien 1.993 Plätze für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren (Regelplätze), sowie 610 Plätze für Kinder unter drei Jahren (Kleinkindplätze). Kinder unter einem Jahr könne man zusätzlich durch insgesamt 293 Tagespflegeplätze betreuen. Kreisweit gesehen seien in allen Bereichen ausreichend Plätze vorhanden. Innerhalb einzelner Einrichtungen könne es –meist gegen Ende des Kindergartenjahres- zu Engpässen in einzelnen Gruppen kommen. In nahezu allen Fällen könne man, beispielsweise durch Änderungen innerhalb der Gruppen oder durch eine vorübergehende Erweiterung, die benötigten Plätze schaffen. Herr Mahler führte weiter aus, dass die Tendenz zur Ganztagsbetreuung sowie die Nachfrage zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren stetig zunehmen. So seien bereits 49 % Ganztagsplätze und lediglich noch 51 % Betreuungsplätze in Teilzeit vorhanden. In drei Einrichtungen bestehe aktuell noch kein Angebot zur Ganztagsbetreuung. Alle anderen Kindertagesstätten weisen gemeinsam 1.272 Plätze mit Ganztagsbetreuung aus.

Abschließend informierte Herr Mahler über die Angebote zur Betreuung der Flüchtlingskinder durch das Projekt „Kita!Plus“ sowie verschiedene Sprachförderprogramme.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt den von der Verwaltung vorgelegten Kindertagesstätten Bedarfsplan.

<b>Jugendhilfeausschuss-Sitzung am 04.11.2015</b>		Stimmberechtigte Mitglieder: <b>10</b>						
<i>-öffentlicher Teil-</i>		<i>davon anwesend:</i> <b>9</b>						
		Beratende Mitglieder: <b>14</b>						
		<i>davon anwesend:</i> <b>11</b>						
<b>Abstimmungsergebnis</b>								
<b>TOP: 3</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 33%;">Dafür</th> <th style="width: 33%;">Dagegen</th> <th style="width: 33%;">Enthaltung</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center;">-</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> </tbody> </table>	Dafür	Dagegen	Enthaltung	-	-	-
Dafür	Dagegen	Enthaltung						
-	-	-						

**Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher**

Her Marc Wolf, kommissarischer Leiter der Abteilung Jugend und Soziales, informierte die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses anhand einer Powerpoint Präsentation über die Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher in Rheinland-Pfalz.

Entgegen der ursprünglichen Planungen, wonach das Gesetz zum 01.01.2016 mit einer Übergangsfrist von drei Monaten hätte inkraft treten sollen, wurde bei dem Flüchtlingsgipfel im September entschieden, das Inkrafttreten um zwei Monate vorzuziehen und eine Übergangsfrist bis 01.01.2016 zu setzen.

Ausgehend von der Tatsache, dass sich einige Bundesländer aufgrund der zunehmenden Anzahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen nicht mehr in der Lage sahen eine dem Kindeswohl entsprechende Unterbringung zu gewährleisten, sollen die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge nun ebenfalls nach dem Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden. Das bisherige Verfahren habe eine Inobhutnahme an dem Ort vorgesehen, an dem die Jugendlichen aufgegriffen wurden oder um Asyl baten, was insbesondere die an Einreiseknotenpunkten gelegenen Bundesländer (NRW, Hamburg, Berlin und Hessen) nicht mehr bewältigen konnten.

In Rheinland-Pfalz habe das Stadtjugendamt der Stadt Trier landesweit bisher alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Obhut genommen. Die meist männlichen und zwischen 16 und 18 Jahre alten Flüchtlinge sollen nun von einer zentralen Stelle des Bundesverwaltungsamtes auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden. Die Länder erhalten ihrerseits die Befugnis die Zuständigkeit für die Inobhutnahmen zu regeln. Das Land Rheinland-Pfalz möchte davon Gebrauch machen und sowohl für die Phase der vorläufigen Inobhutnahme als auch für die Inobhutnahme so genannte Schwerpunktjugendämter bilden.

Frau Carmen Gutendorf, Teamleiterin Soziale Dienste, erläuterte anschließend anhand praxisnaher Beispiele, welche Aufgaben im Rahmen des Clearingverfahrens seit Inbetriebnahme der Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge anfallen. Im Zeitraum von 01.09. bis 31.10.2015 habe man 45 Jugendliche, von denen aktuell allerdings 21 bereits weitergereist seien, in Obhut genommen.

Herr Marc Wolf ergänzte, dass man künftig pro Inobhutnahme eine Fallpauschale von 1.046 Euro und für die Tagesfälle (Jugendliche, die in den ersten drei Tagen wieder weiterreisen) eine Pauschale von 300 Euro erhalte und beantwortete anschließend die Fragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.

<b>Jugendhilfeausschuss-Sitzung</b> <b>am 04.11.2015</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Stimmberechtigte Mitglieder: <b>10</b> <i>davon anwesend:</i> <b>9</b> Beratende Mitglieder: <b>14</b> <i>davon anwesend:</i> <b>11</b>									
<div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;">TOP: 4</div>	<b>Sache / Beschluss</b>	<table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <thead> <tr> <th colspan="3"><b>Abstimmungsergebnis</b></th> </tr> <tr> <th>Dafür</th> <th>Dagegen</th> <th>Enthaltung</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>-</td> <td>-</td> <td>-</td> </tr> </tbody> </table>	<b>Abstimmungsergebnis</b>			Dafür	Dagegen	Enthaltung	-	-	-
<b>Abstimmungsergebnis</b>											
Dafür	Dagegen	Enthaltung									
-	-	-									

### **Informationen**

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes informierte Herr Werner Barthel, Mitarbeiter des Jugendamtes, zunächst über den Sachstand zu dem Bundesprogramm „Demokratie Leben“. Von den bisher durchgeführten 20 Projekten, habe der Kreis eine zusätzliche Förderung in Höhe von 10.000 Euro bekommen, da sich 6 Projekte explizit mit der Willkommenskultur für Flüchtlinge beschäftigten. Am Dienstag, 01.12.2015, finde im Rahmen dieses Projektes auf der Burg-Lichtenberg eine Demokratiekonferenz statt, zu der Herr Barthel die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses einlud.

Er informierte weiter über das, in Kooperation mit dem Landesfilmdienst, durchgeführte Seminar zum Thema Medienpädagogik, an dem acht Teilnehmer erfolgreich teilgenommen haben.

Frau Birgit Gehm-Schmitt, Mitglied des Jugendhilfeausschusses, wies auf aktuelle Probleme mit dem Schülertransport hin. Hierzu nahm die zuständige Dezernatsbeauftragte, Frau Ulrike Nagel, ausführlich Stellung.

Abschließend teilte Herr Ralf Spacky, Mitglied des Jugendhilfeausschusses, mit, dass am Freitag, dem 06.11.2015 ein „Interkultureller Abend“ im Haus der Jugend in Kusel stattfindet.

\*\*\*\*\*

Die Sitzung begann um 14:30 Uhr und endete gegen 16:10 Uhr.

\*\*\*\*\*

Geschlossen:

Der Vorsitzende:  
gez.  
(Gerold Lofi)  
Vorsitzender des  
Jugendhilfeausschusses

Der Schriftführer:  
gez.  
(Christoph Dinges)  
Kreisamtmann